Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 75 (2004)

Heft: 1

Artikel: Rückblick auf die Session der eidgenössischen Räte : die KVG-

Revision ist gescheitert : über das weitere Vorgehen herrscht Unklarheit

Autor: Ritter, Erika / Valkanover, Lore

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-804369

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Über das weitere Vorgehen herrscht Unklarheit

■ Erika Ritter und Lore Valkanover

Mit der Ablehnung im Parlament ist die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vorerst vom Tisch.

Zufrieden aber ist niemand: Muss die Diskussion um die Gesundheitsreformen nun wieder von vorne beginnen? Für Curaviva stellt sich speziell die Frage nach der künftigen Entwicklung im Heimwesen.

Mit 71 zu 66 Stimmen und 35 Enthaltungen entschied sich der Nationalrat am 17. Dezember klar gegen die von der Einigungskonferenz von Nationalrat und Ständerat erarbeiteten Vorlage. Bereits vor einem Jahr hatte der Rat – noch unter der Ägide von Sozialministerin Ruth Dreifuss – zu einer ersten Fassung zur KVG-Revision Nein gesagt. Nun ist es auch Dreifuss-Nachfolger Pascal Couchepin nicht gelungen, eine mehrheitsfähige Vorlage auszuarbeiten.

Positiv wurden zwar die Neuorganisation der Spitalfinanzierung, die Gleichstellung von öffentlichen und privaten Spitälern oder die Aufhebung des Vertragszwanges gesehen. Auch Curaviva-Präsidentin Christine Egerszegi machte sich für die Vorlage stark. Vergeblich. Ärzte befürchteten einen Qualitäts- sowie beruflichen Attraktivitätsverlust, CVP, SP und Grüne kritisierten vor allem die mangelnde Unterstützung für Familien und sahen das Sozialziel nicht erreicht. Auch lehnte die SP die vorgesehene

Gleichstellung von privaten und öffentlichen Spitälern ab, weil sie unter anderem zu einer Kostenexplosion führe. Die CVP-Mitglieder enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme.

Mehrheitsfähige Forderungen fehlen

Über das weitere Vorgehen herrscht keine Klarheit. Konkrete Forderungen, die sich rasch umsetzen lassen und mehrheitsfähig sind, fehlen. So liegt es an Bundesrat Pascal Couchpin, zu bestimmen, wie es weiter gehen soll.

Für Christine Egerszegi steht fest: «Es wurde viel Zeit und Geld in diese Revision investiert; wir haben wirklich versucht, Lösungen zu finden. Die egoistischen Interessen verschiedenster Lobbys, die Sturheit von Parteiideologen und die grosse Zahl von abwesenden Kollegen und Kolleginnen haben nun einen Konsens verhindert.

Mehr als eine Million Personen leben in der Schweiz direkt oder indirekt vom Gesundheitswesen und sie wollen nächstes Jahr mindestens gleich viel Geld verdienen wie in diesem Jahr.»

Ihrer Meinung nach werden die Kosten im Gesundheitswesen weiter steigen. Auch die Prämienermässigung von einkommensschwachen Haushalten sei nun vom Tisch. «Wer es wirtschaftlich nötig hat, hätte mehr Geld bekommen als jetzt.»

Runder Tisch vorgeschlagen

Und was jetzt? Nach Egerszegi müssen die wichtigsten Reformpunkte - die Lockerung des Vertragszwanges, die Neuorganisation der Spitalfinanzierung oder die Prämienverbilligung schnell in separaten Vorlagen aufgegleist werden. Sie stellt fest, dass nun Bundesrat Couchepin gefordert sei. Der Ball liege bei ihm. Bisher habe er die KVG-Vorlage nicht mit grosser Begeisterung vorangetrieben. «Jetzt ist er gefordert.» Christine Egerszegi hat Innenminister Couchepin vorgeschlagen, er solle einen runden Tisch zur Diskussion und Lösung einberufen, an dem Persönlichkeiten aus den verschiedensten Milieus teilnehmen. Dies unter Ausschluss von Politikern und Lobbyisten.

Um den Druck aufrechtzuerhalten, will sie auch in einer von Parteikollege
Otto Ineichen initiierten parlamentarischen Task-Force mitarbeiten. Sie wolle keinen Weg vernachlässigen, der Aussicht auf Erfolg haben könnte.
«Wir haben gar keine andere Möglichkeit, als die anstehenden Probleme im Krankenversicherungsgesetz zu lösen.» Die Bevölkerung leide unter der ständig steigenden Prämienlast. Dafür müsse eine Antwort gefunden werden.
«Bislang hat die Politik in dieser Frage versagt.»

Otto Ineichen wird aktiv

Laut einem Bericht der «SonntagsZeitung» vom 21. Dezember, will der

Luzerner Unternehmer und Nationalrat Otto Ineichen (FDP) eine parlamentarische Task-Force ins Leben rufen, die sich mit der Revision des KVG auseinandersetzen soll. Angefragt wurden Parlamentarier aus allen Bundesrats-Parteien – unter anderem auch Christine Egerszegi (FDP), Simonetta Sommaruga (SP/BE), Ruth Humbel (CVP/AG), Roland Borer (SVP/SO) und Eugen David (CVP/SG). Sie repräsentieren nicht nur unterschiedliche Parteien, sondern haben auch enge Verbindungen zu wichtigen Lobbies im Gesundheitswesen. Christine Egerszegi will beide Wege gehen, in der Task-Force mitarbeiten und den Vorschlag an Pascal Couchpin, einen Runden Tisch einzuberufen Aufrecht erhalten.

Um das wär's gegangen

Spitalfinanzierung: Die Kantone und Krankenkassen hätten die Leistungen der Grundversi-

cherung in den Spitälern hälftig finanzieren sollen. Bis Ende 2004 gilt

noch ein dringliches Bundesgesetz für die Kantonsbeteiligung.

Ärztestopp: Im Jahr 2005 läuft der Ärzte-Zulassungsstopp aus. Das KVG hätte mit

der Aufhebung des Vertragszwanges zwischen Krankenkassen und Ärz-

ten danach die Regulierung des Angebots übernehmen sollen.

Risikoausgleich: Im Jahr 2006 läuft der Risikoausgleich aus, mit dem Krankenkassen mit

vorwiegend männlichen und jüngeren Versicherten jene mit vielen Frauen und älteren Mitgliedern unterstützen. Das KVG hätte eine Nach-

folgeregelung finden müssen.

Pflegefinanzierung: Im Rahmen der 2. KVG-Revision oder in einer separaten Vorlage hätte

der Anteil geklärt werden müssen, den die Krankenkassen an die

Pflegefinanzierung beitragen sollten. (er

